

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Kritische Erinnerung, Grundwertebewusstsein, Zukunftsgestaltung

Vom Nutzen und Nachteil der Geschichte für die Politik in den deutsch-polnischen Beziehungen¹

I. Belastende Erinnerung

Die Erinnerung an die Geschichte zwischen Deutschen und Polen: also an die Teilungen Polens im 18. Jahrhundert, die über 120 Jahre andauernde Fremdherrschaft über das zerteilte Polen, an den Beginn des Zweiten Weltkrieges mit dem deutschen Überfall auf Polen, die Usurpation, die Gewaltherrschaft, den Terror während des Krieges in Polen, die anschließende Flucht, Vertreibung und Aussiedlung der meisten Deutschen verbunden mit der Verschiebung Polens auf der Landkarte nach Westen durch die Siegermächte, allen voran durch die Sowjetunion, an das Leben unter sowjetischer Diktatur – die Erinnerung an dies alles ist vielfältig belastet und spielt bis heute für viele Menschen persönlich, aber auch in der Politik eine nicht unbedeutende Rolle.

Die katholischen Bischöfe Polens, ihrer Zeit damals weit voraus, reichten trotzdem ihren deutschen Brüdern im Bischofsamt bereits 1965 die Hände mit den großzügigen Worten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“². Wie steht es über 40 Jahre später um die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen. Vieles ist erreicht worden und manche haben vielleicht gedacht, das Versöhnungswerk sei bereits vollbracht. Dagegen verwies der Wiener Kardinal Christoph Schönborn anlässlich des „Mittleuropäischen Kirchentages“ in Wien 2003 jedoch darauf hin, dass trotz der Beseitigung der politischen Teilung Europas die Vorhänge in den Herzen noch bei weitem nicht alle überwunden seien. Deshalb sei eine Versöhnung notwendiger denn je.³ Aus der Erfahrung der deutsch-polnischen Diskussionen der letzten Jahre muss ich sagen: Er hat wohl recht. Nur wie kann es uns ge-

1 Leicht überarbeiteter Einführungsvortrag zum Zwiegespräche der Konrad-Adenauer-Stiftung „Polen und Deutsche. Belastende Erinnerung, gemeinsame Grundwerte“ am 17. Dezember 2007 in Warschau mit Prof. Władysław Bartoszewski und Prof. Hans Maier.

2 Vgl. die Zeitzeugeninterviews in: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, hrsg. von Basil Kerski, Thomas Kycia, Robert Zurek, Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, Bd. 9., Osnabrück 2006.

3 Vgl. Helmut Juros: Die Kirche als völkerversöhnende Kraft. Ein Grundanliegen von Papst Johannes Paul II., in der Reihe: Kirche und Gesellschaft, Nr. 303, hrsg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach, Köln 2003, 14.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

lingen, die Vorhänge in den Herzen zu öffnen und zu einer wirklichen Versöhnung zu gelangen?

Es ist fast schon trivial darauf hinzuweisen, dass wir uns immer wieder der kritischen Aufklärung dessen, was gewesen ist, stellen müssen. Und offensichtlich gibt es auch bei nicht wenigen Menschen das Bedürfnis nach Orten des Gedenkens an das, was man selbst oder die Vorfahren erfahren und erlitten haben. Das kann man beispielhaft an vielen Stellen in Polen feststellen. Das gilt aber auch für deutsche Flüchtlinge und Vertriebene, was aus verschiedenen Gründen in den letzten Jahren zu einer heftigen Streitgeschichte zwischen Polen und Deutschen wurde.

Angesichts dieses Streits müssen wir in Deutschland wie in Polen darauf Acht geben,

1. dass historische Erinnerung nicht in eine bloße Selbstbezüglichkeit verfällt;
2. dass die Darstellung von Geschichte nicht durch eine moralisierende Geschichtspolitik instrumentalisiert oder aber verhindert wird;
3. dass wir nicht in den alten Fehler der Hegelianer verfallen, die Tatsachen der Geschichte mit dem Glorienschein der Notwendigkeit zu umgeben;
4. dass wir nicht einer ungunstigen historischen Fixiertheit anheim fallen, die den klaren Blick für das heute und morgen Notwendige eher erschwert als eröffnet.

Wir brauchen eine kritische geschichtswissenschaftliche Aufklärung, wir brauchen auch ein sichtbares Gedenken unter Berücksichtigung der historischen Zusammenhänge. Es ist jedoch von grundlegender Bedeutung, das Vergangene als Vorgabe und Aufgabe in einer Weise zu behandeln, die zur Gestaltung der Zukunft befähigt. Wir brauchen einen Sinn für Vergangenheit, der sich von den Tugenden der Neugier am menschlichen Schicksal, der realistischen Skepsis und der Annahme des Erbes und damit von der Annahme der Verantwortung für das Erbe leiten lässt, wie mein historischer Lehrer Thomas Nipperdey einmal in einer Rede über den „Nutzen und Nachteil der Geschichte für das Leben“ ausführte.⁴

Aber selbst eine solche historische Erinnerungskultur hat ebenso wie Politik und Rechtsprechung eine nur begrenzte Reichweite, wenn es um die belastenden Fragen der Geschichte geht. Diese Feststellung führt uns wieder zu dem eigentlichen Problem der Versöhnung zurück und der Rolle der Kirche dabei. Die Kirche mischt sich, wie nicht nur der berühmte Brief der polnischen Bischöfe zeigt, tatsächlich in den Vergangenheitsstreit ein. Ihr geht es dabei aber um eine Umkehr der Herzen, die Öffnung der Herzen durch die Annahme und Vergebung des Geschehenen. Dies ist wirklich ein adventlicher Gedanke. Der Warschauer Theologe und Schüler

⁴ Vgl. Thomas Nipperdey: Neugier, Skepsis und das Erbe. Vom Nutzend und Nachteil der Geschichte für das Leben, in: ders., Nachdenken über die deutsche Geschichte, München 1986, 7 – 20, hier: 17ff.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

Papst Johannes Pauls II., Prof. Helmut Juros, schreibt dazu in seiner Schrift über „Die Kirche als völkerversöhnende Kraft“: „Ihre religiöse und ethische Option für die Gegenwart der Vergangenheit und die Zukunft der Geschichte verbindet die Kirche mit der Herausforderung und dem Anspruch, sich selbst als Kirche in die Pflicht zu nehmen. Sie will dazu beitragen, die Schatten der Vergangenheit zu überwinden. Sie will ihren Dienst an Dialog, Geschwisterlichkeit und Versöhnung sowie an anderen grundlegenden Werten als einen entscheidenden Beitrag zum europäischen Einigungsprozess leisten. Damit will sie Verantwortung für die Zukunft der europäischen Völkergemeinschaft übernehmen.“⁵ Die Öffnung der Herzen durch Vergebung und Versöhnung erhält auf diese Weise eine politische Dimension.

II. Gemeinsame Grundwerte

Wenn man heute von „westlichen Werten“ spricht, sind für gewöhnlich drei Begriffe gemeint: rechtstaatliche Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft bzw. Soziale Marktwirtschaft. Für das Verständnis aller drei Begriffe kommt es wiederum ganz wesentlich auf den Begriff des Menschen und seiner Würde an.⁶ Daher sind anthropologische Grundfragen der Ausgangspunkt für die „neue Ordnung der Freiheit“, die Papst Johannes Pauls II. in seinem sozialetischen Denken als eine Vision für das vereinte Europa entwickelt. Es lohnt sich, die Gedanken dieses großen polnischen Papstes im gemeinsamen Gespräch aufzunehmen und weiterzudenken.⁷ Es wäre darüber hinaus geradezu zukunftsweisend und Bahnbrechend in Europa, wenn deutsche und polnische Christdemokraten gemeinsam mit anderen über eine Strategie zur Verwirklichung einer „glaubwürdigen Humanökologie und Sozialökologie der Arbeit“ in Europa nachdenken, die uns Johannes Paul II. in der Sozialzyklika Centesimus annus 1991 (Nr. 38f.) als Leitbild vor Augen stellt.

Ich bin fest davon überzeugt, dass es gerade die gemeinsamen Grundwerte auf der Grundlage eines christlich inspirierten Menschenbildes sind, die für viele Polen und Deutsche eine gemeinsame Grundlage für die Gestaltung der Zukunft bilden, wobei der polnische wie der deutsche Papst wichtige und für beide Völker verbindende Orientierungen geben. Der politische Streit über die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ muss dem nicht entgegenstehen. Er gibt aber Anlass zu einer erneuten klärenden Diskussion.

⁵ Vgl. Juros aaO., 13f.

⁶ Im Zentrum: Menschenwürde. Politisches Handeln aus christlicher Verantwortung, hrsg. von Bernhard Vogel, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2006.

⁷ Dies wurde dokumentiert in dem Buch: Eine neue Ordnung der Freiheit. Die Sozialethik Johannes Pauls II. – eine Vision für das vereinte Europa, hrsg. von Christoph Böhr, Stephan Raabe, Veröffentlichungen der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband, Bd. 13, Osnabrück 2007.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

III. Gestaltung der Zukunft

Um Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand müssen wir immer wieder von neuem ringen angesichts der Dynamik vieler Veränderungen in der Welt. Dabei geht es zum Beispiel um folgende große Herausforderungen, die für Deutsche wie Polen gleichermaßen gelten:

- um den Erwerb und den Erhalt des Wohlstandes durch Wettbewerbsfähigkeit in der globalisierten Weltwirtschaft;
- um die Bewahrung oder Wiederherstellung von Frieden angesichts von Terrorismus und Kriegen;
- um die demographische Entwicklung in unseren Ländern mit ihren Folgen etwa für das Sozialsystem und die Wanderungsbewegungen von ärmeren Ländern in reichere;
- um Energiesicherheit und den Schutz der Umwelt;
- um die Chancen für ein menschwürdiges Leben auf unseren Planeten Erde, egal wo man geboren wird.

Das sind enorme Herausforderungen, denen wir nur in einer guten Zusammenarbeit in Europa erfolgreich begegnen können. Zu den politischen Aufgaben gehören des weiteren auch folgende Punkte, die wir in der weltweiten Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit unseren jeweiligen ausländischen Partnern und so auch in Polen und Deutschland angehen:

1. Die Sicherung der Grundlagen der rechtsstaatlichen Demokratie, die Pflege einer aktiven Bürgergesellschaft und die Gestaltung von Politik aus christlichen Grundsätzen. Der demokratische Staat kann ohne eine aktive Bürgergesellschaft nicht leben. Die Bürgergesellschaft ist wiederum ohne eine positive Einstellung zur Demokratie nicht vorstellbar. Das nimmt in erster Linie Familien, gesellschaftliche Organisationen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, die Medien, die Bildungseinrichtungen in die Pflicht. Hier geht es um die verantwortliche Teilhabe an der Demokratie, die eine entsprechende Motivation und Bildung voraussetzt. Nur durch eine solche Teilhabe und das Einbringen der eigenen Grundwerte kann trotz aller Schwierigkeiten Demokratiezufriedenheit entstehen. Indem man andere machen lässt und sich dann über deren Politik mokiert, entsteht das genaue Gegenteil: Politikverdrossenheit. Stabile, demokratisch strukturierte Parteien, in denen möglichst viele Bürger mitwirken, sind in diesem Zusammenhang von zentraler Bedeutung. Für uns als christdemokratische Stiftung geht es bei all dem natürlich vor allem auch um die christliche Prägung von Demokratie.
2. Freiheit und Wohlstandserwerb in einer Sozialen Marktwirtschaft. Das bedeutet: Verbindung der Freiheit des Einzelnen mit der Verantwortung für die eigene Person, die Angehörigen und das Gemeinwohl zur Gewährleistung eines jeweils zu bestimmenden Maßes an sozialer Sicherheit. In Deutschland war

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

und ist die richtig verstandene Soziale Marktwirtschaft ein wirkliches Erfolgsmodell. In Polen hat sie sogar Verfassungsrang. In Artikel 20 der polnischen Verfassung heißt es: „Die soziale Marktwirtschaft ... bildet die Grundlage der wirtschaftlichen Ordnung der Republik Polen.“ Heute stellt sich hier für uns zum einen die Frage der notwendigen Solidarität innerhalb einer Gesellschaft angesichts großer sozialer Unterschiede von Arm und Reich und zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die keine Arbeit haben. Zum anderen stellt sich die Frage der Angleichung des Lebensniveaus in der Europäischen Union, die wichtig ist für das Gelingen des Zusammenlebens in der erweiterten Union. Experten sagen, dass diese Angleichung mindestens 15 bis 20 Jahre noch benötigen wird und konsequenter Arbeit sowie einer guten Politik bedürfe.

3. Zum dritten geht es um die Gestaltung der Europäischen Union. Hier sind wiederum aktive Beteiligung und Identifikation, politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit, die Arbeit an gemeinsamen Politikansätzen, Solidarität und Subsidiarität die notwendigen Bedingungen für ein Gelingen dieses beispielhaften europäischen Unternehmens.
4. Ein viertes und sehr weites Feld ist die Verantwortung für Frieden und Sicherheit, Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung in der Welt. Gegenwärtig sind nach Analysen von Freedom House nur weniger als die Hälfte aller 192 untersuchten Staaten auf der Welt demokratisch, wobei in diesen demokratischen Staaten wiederum nur 44 % der Weltbevölkerung lebt. Gerade aus den Teilen der Welt, in denen sich Demokratie und demokratische Bürgergesellschaften noch nicht Bahn brechen konnten, erhalten Menschenrechtsverletzungen, Terrorismus, Kriege ihre Nahrung. Die Staaten und Gesellschaften Mitteleuropas haben den Transformationsprozess aus einer Diktatur mit totalitären Ansprüchen hin zur rechtsstaatlichen Demokratie durch gemacht. Sie können aufschlussreiche Hinweise geben für das Gelingen solcher Transformationen und als Vorbilder für andere dienen. Dass die Religion bei dem Streben nach Demokratie von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist und insbesondere das abendländische Christentum mit der demokratischen Ordnung in einem engen kulturellen Zusammenhang steht, ist ein weiterer Aspekt, den wir dabei nicht aus den Augen verlieren sollten.

IV. Worauf es für Deutsche und Polen ankommt

Zu jedem dieser Punkte wäre noch vieles zu sagen. Ich weise hier aber auf diese Herausforderungen und Aufgaben hin, um deutlich zu machen, worauf es für Deutsche und Polen, Polen und Deutsche als Nachbarn in der Europäischen Union ankommt. Im Rahmen dieser Herausforderungen müssen wir gemeinsam an einer neuen politischen Agenda arbeiten, wenn wir erfolgreich bestehen wollen.

Mit manchem Ungemach, Unstimmigkeiten und Gegensätzen muss man in der Politik wie im Leben bekanntlich zurechtkommen. Die Kunst besteht darin, so damit umzugehen, dass Ungemach und Gegensätze nicht noch vergrößert werden und die Zukunft verbauen. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns auf die vor uns lie-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

POLEN

STEPHAN RAABE,
LEITER DES AUSLANDSBÜROS

Freitag, 20. Dezember 2007

www.kas.de/warschau

www.kas.pl

genden Aufgaben, auf die gemeinsamen Grundwerte und die gemeinsamen politischen Interessen besinnen.

Fassen wir den Gedankengang kurz zusammen: Wir brauchen eine aufgeklärte, kritische Erinnerung genauso wie ein klares Bewusstsein unserer Grundwerte und den nüchternen Blick auf die vor uns liegenden Aufgaben zur Gestaltung der Zukunft.

Die moralische Überzeugung von Menschen wie etwa Prof. Władysław Bartoszewski und Prof. Hans Maier sowie klug angewandte politische Mittel haben die Verständigung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen befördert. Die polnischen und deutschen Bischöfe, aber auch viele Laienchristen und andere, die sich die Hände reichten, haben das aus der Erkenntnis getan, so Johannes Paul II. zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1995, „dass sich auf der Zerstörung, Unterdrückung und Diskriminierung der menschlichen Person keine ihrer würdige Gesellschaft aufbauen lässt“ und „dass die Interessen einer Nation nur im Rahmen der solidarischen Wechselbeziehung mit den anderen Völkern in angemessener Weise verfolgt werden können“.⁸

Auf dieser Grundlage wollen wir als Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam den Weg mit unseren Partnern und Freunden weiter beschreiten. Ich bin davon überzeugt, dass auf dieser Grundlage die politischen Zeichen für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Polen und Deutschen als Partner in Europa gut stehen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Internationale Zusammenarbeit

Fundacja Konrada Adenauera
Przedstawicielstwo w Polsce
ul. J. Dąbrowskiego 56
PI-02-561 Warszawa

Telefon

+48 22 845 93 30
+48 22 848 54 01

Fax

+48 22 848 54 37

Mail

kas@kas.pl

⁸ Botschaft anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes in Europa, zitiert nach Juros, aaO. 14.